



-
94. *Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007, mit der die Planunterlagenverordnung 1998 geändert wird*
95. *Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007 über die Festsetzung der Fleischuntersuchungsgebühren (Tiroler Fleischuntersuchungsgebührenverordnung 2008)*
96. *Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007, mit der die Tiroler Grundsicherungsverordnung geändert wird*
-

94. **Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007, mit der die Planunterlagenverordnung 1998 geändert wird**

Aufgrund des § 23 Abs. 1 und 3 der Tiroler Bauordnung 2001, LGBL. Nr. 94, zuletzt geändert durch das Gesetz LGBL. Nr. 73/2007, wird verordnet:

Artikel I

Die Planunterlagenverordnung 1998, LGBL. Nr. 90, wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 Abs. 2 lit. i, Abs. 3 lit. d und Abs. 6 lit. j, § 2 Abs. 2 lit. d und Abs. 5 lit. h, § 3 Abs. 2 lit. h und Abs. 5 lit. f und § 4 Abs. 2 und 3 wird das Zitat „der Tiroler Bauordnung 1998“ jeweils durch das Zitat „der Tiroler Bauordnung 2001“ ersetzt.

2. Im Abs. 1 des § 1 wird in der lit. e der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Bestimmung als lit. f angefügt:

„f) bei Neubauten von Gebäuden mit Ausnahme von Gebäuden nach § 34 Abs. 5 der Technischen Bauvorschriften 2008, LGBL. Nr. 93/2007, in der jeweils geltenden Fassung den Energieausweis.“

3. Im Abs. 6 des § 1 hat die lit. b zu lauten:

„b) die Fläche des Bauplatzes sowie die bebaute Fläche, die Bruttogrundflächen der einzelnen Geschosse und die durchschnittlichen Raumhöhen sowie im Fall der Festlegung der Baumassendichte in einem Bebauungsplan die Baumasse im Sinn des § 61 Abs. 2 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006, LGBL. Nr. 27, in der jeweils geltenden Fassung,“

4. Im Abs. 6 des § 1 hat die lit. e zu lauten:

„e) bei Neubauten von Gebäuden mit Ausnahme von Gebäuden nach § 34 Abs. 5 der Technischen Bauvor-

schriften 2008 die für die Erstellung des Energieausweises relevanten Eingabedaten, wie Flächenausmaße, Rauminhalte, Bauteilaufbauten einschließlich deren U-Werte, haustechnische Systeme und dergleichen; bei Neubauten von Gebäuden nach § 34 Abs. 5 lit. b und d der Technischen Bauvorschriften 2008 sowie bei Zubauten mit Ausnahme von Zubauten nach § 34 Abs. 5 lit. c der Technischen Bauvorschriften 2008 die Bauteilaufbauten einschließlich deren U-Werte,“

5. Im § 1 wird folgende Bestimmung als Abs. 7 angefügt:

„(7) Die Baubeschreibung hat bei Neubauten von Gebäuden mit einer Nettogrundfläche von mehr als 1.000 m², für die ein konventionelles Energieversorgungssystem auf der Grundlage nicht erneuerbarer Energieträger vorgesehen ist, weiters eine Beschreibung jener technischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkte zu enthalten, aufgrund deren der Einsatz von alternativen Systemen im Sinn des § 23 Abs. 3 dritter Satz der Tiroler Bauordnung 2001 nicht in Betracht gezogen wurde.“

6. Im Abs. 1 des § 2 wird in der lit. d der Punkt durch einen Beistrich ersetzt und folgende Bestimmung als lit. e angefügt:

„e) bei Bauvorhaben, mit denen auch eine umfassende Sanierung von Gebäuden mit einer Nettogrundfläche von mehr als 1.000 m² erfolgt, nicht jedoch bei Gebäuden nach § 34 Abs. 5 der Technischen Bauvorschriften 2008, den Energieausweis.“

7. Im Abs. 5 des § 2 hat die lit. b zu lauten:

„b) die Fläche des Bauplatzes sowie die Bruttogrundflächen der betroffenen Geschosse und die durchschnittlichen Raumhöhen,“

8. Im Abs. 5 des § 2 hat die lit. d zu lauten:

„d) bei Bauvorhaben im Sinn des Abs. 1 lit. e die für die Erstellung des Energieausweises relevanten Eingabedaten, wie Flächenausmaße, Rauminhalte, Bauteilaufbauten einschließlich deren U-Werte, haustechnische Systeme und dergleichen; bei Umbauten und sonstigen Änderungen von Gebäuden mit Ausnahme von Gebäuden nach § 34 Abs. 5 lit. a und c der Technischen Bauvorschriften 2008 die vom Umbau bzw. von der sonstigen Änderung betroffenen Bauteilaufbauten einschließlich deren U-Werte,“

9. Im Abs. 1 des § 4 hat die lit. c zu lauten:

„c) eine Baubeschreibung, die

1. die Abmessungen und die wesentlichen Angaben

zur Konstruktion der baulichen Anlage, soweit diese sich nicht aufgrund der Darstellung nach lit. b ergeben,

2. bei umfassenden Sanierungen von Gebäuden mit einer Nettogrundfläche von mehr als 1.000 m², nicht jedoch bei Gebäuden nach § 34 Abs. 5 der Technischen Bauvorschriften 2008, weiters die für die Erstellung des Energieausweises relevanten Eingabedaten, wie Flächenausmaße, Rauminhalte, Bauteilaufbauten einschließlich deren U-Werte, haustechnische Systeme und dergleichen, enthält,“

10. Im Abs. 1 des § 4 wird folgende Bestimmung als lit. d angefügt:

„d) bei umfassenden Sanierungen von Gebäuden mit einer Nettogrundfläche von mehr als 1.000 m², nicht jedoch bei Gebäuden nach § 34 Abs. 5 der Technischen Bauvorschriften 2008, den Energieausweis.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.

Der Landeshauptmann:
van Staa

Der Landesamtsdirektor:
Liener

95. Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007 über die Festsetzung der Fleischuntersuchungsgebühren (Tiroler Fleischuntersuchungsgebührenverordnung 2008)

Aufgrund des § 3 Abs.1 des Tiroler Fleischuntersuchungsgebührengesetzes 2007, LGBL. Nr. 54, wird verordnet:

§ 1

Höhe der Gebühren

(1) Die Gebühren für die im § 1 des Tiroler Fleischuntersuchungsgebührengesetzes 2007 genannten Untersuchungen und Kontrollen der Aufsichtsorgane in Betrieben, die nicht mehr als 1.000 Großvieheinheiten Säugetiere oder 150.000 Stück Geflügel jährlich schlachten, und für Zerlegungsbetriebe, die jährlich nicht mehr als 250 Tonnen Fleisch zerlegen, werden, soweit im Abs. 2 und im § 2 nichts anderes bestimmt ist, wie folgt festgesetzt:

a) für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung gemäß § 53 Abs. 1 des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes, BGBl. I Nr. 13/2006, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 24/2007,

je Stück für

1. Rinder oder Einhufer über sechs Monate € 8,09
2. Rinder oder Einhufer bis zu sechs Monaten .. € 4,06
3. Schweine oder Wildschweine € 4,06
4. Schafe oder Ziegen über drei Monate € 2,55
5. Schafe oder Ziegen bis zu drei Monaten € 1,36
6. Reh-, Gams- oder Muffelwild € 2,55
7. Zuchtwild, Rot- oder Steinwild € 5,85
8. Kleinwild € 0,55
9. Hauskaninchen € 0,28
10. Hühner € 0,05
11. Puten € 1,09

b) für die Rückstandskontrollen nach § 56 des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes ein Zuschlag zu den Gebühren nach lit. a

je Stück für

1. Rinder oder Einhufer € 0,45
2. Schweine oder Wildschweine € 0,10

3. Schafe, Ziegen, Kleinwild
oder Hauskaninchen € 0,25
4. Reh-, Gams- oder Muffelwild,
Zuchtwild, Rot- oder Steinwild € 0,25
5. Hühner und Puten € 0,01
- c) für die amtlichen Hygienekontrollen in Schlacht-,
Zerlegungs- und Wildbearbeitungsbetrieben nach § 54
des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutz-
gesetzes € 77,71,
wenn die Kontrolluntersuchung länger als eine Stunde
dauert, € 91,42.

(2) Die Mindestgebühr pro Schlachttag und Her-
kunftsbetrieb beträgt

- a) für die Schlachtier- und Fleischuntersuchung nach
Abs. 1 lit. a einschließlich der Trichinenuntersuchung
nach § 2 Abs. 1 € 11,42,
- b) für die Durchführung von Rückstandskontrollen
nach Abs. 1 lit. b ein Zuschlag von € 0,45.

(3) Für die Endbeurteilung des Fleisches nach einer
Laboruntersuchung sind Gebühren in der Höhe der im
Abs. 1 lit. a und b bzw. Abs. 2 festgesetzten Gebühren
zu entrichten.

§ 2

Zuschläge für die Entnahme und die Untersuchung der Proben

(1) Für die Entnahme und die Untersuchung der
Proben nach den Bestimmungen der Verordnung (EG)
Nr. 2075/2005 mit spezifischen Vorschriften für die
amtlichen Fleischuntersuchungen auf Trichinen, ABl.
2005 Nr. L 338, S. 60, in der Fassung der Verordnung
(EG) Nr. 1665/2006, ABl. 2006 Nr. L 320, S. 46, ist zu-
sätzlich zu den Gebühren nach § 1 Abs. 1 lit. a je Stück
ein Zuschlag bei Anwendung

- a) der Kompressionsmethode
in der Höhe von € 2,01
- b) der Verdauungsmethode
in der Höhe von € 1,37
zu entrichten.

(2) Zu den Gebühren nach den §§ 1 und 2 Abs. 1 ist
ein Zuschlag von jeweils 100 v. H. für Untersuchungen
zu entrichten, die auf Verlangen des Lebensmittelunter-
nehmers an Werktagen zwischen 19 Uhr und 6 Uhr, an
Samstagen ab 19 Uhr oder an Sonn- und Feiertagen vor-
genommen werden. Dies gilt nicht für Notschlach-
tungen.

(3) Hat der Lebensmittelunternehmer nach § 11
Abs. 4 der Fleischuntersuchungsverordnung 2006,
BGBl. II Nr. 109, in der Fassung der Verordnung
BGBl. II Nr. 82/2007, eine Überprüfung der Beurteilung
verlangt und wird die Beurteilung des Aufsichtsorgans
bestätigt, so ist zusätzlich das Doppelte der Gebühren
nach den §§ 1 und 2 Abs. 1 zu entrichten.

(4) Wird die Durchführung einer Laboruntersuchung
aus einem offenkundigen Verschulden des Lebens-
mittelunternehmers notwendig oder auf dessen Wunsch
hin vorgenommen, oder ergibt eine nach § 55 Abs. 1 Z. 2
des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutz-
gesetzes aufgrund eines Verdachts des Aufsichtsorgans
entnommene Probe ein positives Ergebnis, so hat der
Lebensmittelunternehmer für die angeordnete Unter-
suchung Gebühren entsprechend dem von der Bundes-
ministerin für Gesundheit, Familie und Jugend im Ein-
vernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen fest-
gesetzten Tarif der Agentur für Gesundheit und Ernäh-
rungssicherheit (AGES) sowie folgende Gebühren zu
entrichten:

- a) für die Entnahme von Fleisch
oder sonstiger Proben € 16,00,
- b) für die Verpackung und die
Versendung der Probe(n) € 20,12.

§ 3

In-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Tiroler Fleischuntersuchungs-
gebührenverordnung, LGBL. Nr. 94/1994, außer Kraft.

Der Landeshauptmann:
van Staa

Der Landesamtsdirektor:
Liener

96. Verordnung der Landesregierung vom 18. Dezember 2007, mit der die Tiroler Grundsicherungsverordnung geändert wird

Aufgrund des § 3 Abs. 6 des Tiroler Grundsicherungsgesetzes, LGBL. Nr. 20/2006, wird verordnet:

Artikel I

Die Tiroler Grundsicherungsverordnung, LGBL. Nr. 28/2006, in der Fassung der Verordnung LGBL. Nr. 116/2006 wird wie folgt geändert:

1. Im Abs. 1 des § 5 hat die lit. a zu lauten:

„a) zur Deckung des Aufwandes im Sinn des § 1 lit. a monatliche Leistungen bis zu folgenden Höchstbeträgen (Richtsätze):

1. für Alleinstehende 444,10 Euro,
2. für Hauptunterstützte 380,00 Euro,
3. für Mitunterstützte

ohne Anspruch auf Familienbeihilfe 264,30 Euro,

4. für sonstige Mitunterstützte sowie für

Bezieher der erhöhten Familienbeihilfe ... 147,70 Euro.

Alleinstehende sind Personen, die mit keinen unterhaltsberechtigten oder unterhaltsverpflichteten Angehörigen und mit keinem Lebensgefährten in Haushaltsgemeinschaft leben. Als Hauptunterstützte gelten Personen, die mit Ehegatten, mit Lebensgefährten oder sonst in Familiengemeinschaft mit unterhaltsberechtigten Angehörigen (Mitunterstützte) leben;“

2. Im Abs. 1 des § 5 werden in der lit. c im zweiten Satz der Betrag „150,- Euro“ durch den Betrag „160,- Euro“ und der Betrag „200,- Euro“ durch den Betrag „210,- Euro“ sowie im dritten Satz der Betrag „350,- Euro“ durch den Betrag „370,- Euro“ ersetzt.

3. Im Abs. 1 des § 9 wird der Betrag „99,- Euro“ durch den Betrag „102,- Euro“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft.

Der Landeshauptmann:

van Staa

Der Landesamtsdirektor:

Liener

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.
Vertr.-Nr. GZ 02Z030080 M

DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung
6010 Innsbruck

Das Landesgesetzblatt erscheint nach Bedarf. Der Preis für das Einzelstück beträgt € 0,10 je Seite, jedoch mindestens € 1,-. Die Bezugsgebühr beträgt € 21,- jährlich.
Verwaltung und Vertrieb: Kanzleidirektion, Neues Landhaus, Zi. 555.
Druck: Eigendruck